

Zur Schadensbegrenzung gehört ebenso dringlich, neuer Gewaltanwendung vorzubeugen. Bezüglich Georgiens glaubt sich die EU dazu imstande – mit welchen Mitteln, hat sie offen gelassen. Im Schwarzen Meer sollte die militärische Tonnage nicht noch weiter anwachsen. Das Verhaltensmuster, durch Flottenpräsenz politische Muskeln zu demonstrieren, stammt aus der 19. Jahrhundert. Heute sind es die schwimmenden Einheiten atomarer Großmächte, die in dem engräumigen Binnenmeer manövrieren. Bestehen ausreichende Vorkehrungen, Zwischenfälle zu verhindern und gegen ungewollte Eskalation zu sichern? Vielleicht lohnt in Moskau wie Washington die Mühe, zu überprüfen, ob die Roten Telefone noch funktionieren.

Auf mittlere Sicht muss konzeptionelle Politik statt kurzatmigen Krisenmanagements wieder zu ihrem Recht kommen. Ein einfacher Vorsatz könnte den Anfang machen: weniger über, mehr mit Russland sprechen. Zufall oder nicht, für ihre politischen Botschaften scheint die Kremelführung deutsche Auditorien zu bevorzugen. Wer hören wollte, konnte hören. Auf eine gesamteuropäische Sicherheitsordnung, die den Namen verdient, pochte Putin erstmals im September 2001. Das war vor dem Plenum des Deutschen Bundestages. Alle Fraktionen bedachten die Ansprache mit lang anhaltendem Beifall. Deutlicher im Ton und mit entsprechend geringerem Zuspruch trat Russlands Präsident im Februar 2007 auf der Münchner Sicherheitskonferenz auf. Wer die Rede liest, findet begründete Beschwerden und erfüllbare Erwartungen.² Sie überschreiten nicht den Rahmen legitimer Sicherheitsbelange, die jedes Land, zumal die westlichen, wie selbstverständlich für sich in Anspruch nehmen.

Sein Nachfolger Medwedjew schließlich beklagte bei seinem Antrittsbesuch im Frühjahr in Berlin, dass sich die NATO fortlaufend neue Zuständigkeiten aneignet und Organisationen wie die UNO und die OSZE, denen auch Russland angehört, immer weiter marginalisiert. Er warb für eine Reform der euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur. Der Vorschlag blieb vollständig unbeachtet. Das Mindeste wäre, seinen Urheber einmal zu fragen, was er darunter versteht.

Peter Bender

Schildknappe Europa

Im Herbst 1962 wollte Nikita Chruschtschow, der Partei- und Regierungschef der Sowjetunion, den Amerikanern „ein bißchen von ihrer eigenen Medizin verabreichen“. Auf Kuba ließ er atomar bestückte Raketen aufstel-

² Dokumentiert in: „Blätter“, 3/2007, S. 373-380.

len, die auf die USA gerichtet wurden, sein Ziel war militärische und politische Parität. Wie amerikanische atomar bestückte Raketen vom Norden der Türkei nur über das Schwarze Meer hätten schießen müssen, um die Sowjetunion im Kern zu treffen, so hätten die Sowjetischen Raketen nur den Weg über die Karibik gehabt, um die Vereinigten Staaten ins Herz zu treffen. Ein Atomkrieg drohte und wurde erst durch den Kompromiss verhindert, dass beide ihre Raketen zurückzogen.

Schon seit anderthalb Jahrhunderten, seit der Monroe-Doktrin des Jahres 1823, war es unumstößlicher Grundsatz amerikanischer Politik, kein Eindringen außeramerikanischer Staaten in der westlichen Hemisphäre, also bis Kap Horn hinunter, zu dulden. Als Präsident John F. Kennedy den Abzug der sowjetischen Raketen aus Kuba teils erzwang, teils erhandelte, folgte er einer starken Tradition, vor allem verhielt er sich, wie jede Großmacht sich verhält, wenn ihr eine andere Großmacht auf den Leib rückt. Nicht allein das eigene Territorium, sondern auch die nähere oder auch weitere Umgebung gilt als Sicherheitszone, die von jeglicher fremder Einwirkung frei zu bleiben hat.

Die Sicherheitszone wird fast unvermeidlich zur Einflusszone, in der nichts geschehen oder sich entwickeln darf, das den Interessen des Großen widerspricht. Die Staaten dieser Zone sind nur begrenzt souverän und müssen im äußersten Falle mit militärischer Intervention rechnen. Die Karibikinseln, Mittelamerika und auch Südamerika verfügen seit dem 19. Jahrhundert über große Erfahrungen mit ökonomischer und oft auch gewaltsamer US-Dominanz. Die jüngsten Beispiele für letzteres lieferten die Präsidenten Bush, Vater und Sohn, in Haiti und Panama, wo 1990 Hunderte ums Leben kamen.

Seit Wladimir Putin Russland wieder zur Großmacht aufbaut, wird die russische Politik immer mehr Großmachtspolitik, zunächst defensiv, dann expansiv. Defensiv bedeutet, Moskau wehrt sich gegen jedes weitere Vordringen der NATO, also Amerikas, in seinen Hinterhof. In einer Mischung aus Schwäche und Einsicht hatte Gorbatschow 1990 den Amerikanern und Westdeutschen zugestanden, das gesamte vereinte Deutschland, also auch Volk und Land der DDR, dürften der NATO angehören. Einigkeit herrschte, dass es dabei bleiben sollte.

Doch allmählich rückte die NATO weiter nach Osten vor. Alle ehemaligen Zwangsverbündeten Moskaus von Polen bis Bulgarien suchten Schutz bei Amerika, ebenso traten die drei Baltenstaaten, ehemalige Sowjetrepubliken und schon Jahrhunderte früher Teil Russlands, der Atlantischen Allianz bei, um Sicherheit vor ihrem früheren „Herrn“ zu finden. Mit der „Orangen Revolution“, an der die USA offenkundig Anteil hatten, wurde die Moskau geneigte Regierung der Ukraine gestürzt und Demokratie versucht. Das Gleiche dann in Georgien, wo amerikanische Militärs die Armee schulten. Erklärtes Ziel der Nato ist es, die Ukraine und Georgien aufzunehmen.

Am Recht all dieser Staaten, einem erwünschten Bündnis beizutreten, gibt es ebenso wenig Zweifel wie an der Berechtigung ihrer Gründe dafür. Sowjet-russische Herrschaft war schlimm. Aus russischer Sicht aber sieht alles umgekehrt aus. Nicht nur Randstaaten gliedern sich in eine fremde Front ein, mit der Ukraine droht ein Land die Front zu wechseln, das historisch mit Russland

verbunden und strategisch unentbehrlich ist. Nur ein Beispiel: Die russische Schwarz-Meer-Flotte hat ihren Hafen im ukrainischen Sewastopol. Soll sie später ihre Liegeplätze bei einem NATO-Staat pachten?

Amerikanische Einklammerung und russischer Expansionismus

Kein Staat, der bei Kräften ist und auf sich hält, könnte eine solche, systematisch wirkende Einklammerung widerstandslos hinnehmen. Aber Putins Politik ist auch expansiv, weil der Wiederaufbau der Großmacht dahin tendiert, die selbstständig gewordenen Gebiete der Sowjetunion wieder unter russischen Einfluss oder, wenn möglich, russische Herrschaft zu bringen. Das Eindringen der NATO stimuliert und rechtfertigt aus russischer Sicht, kräftig zuzulangen, wo sich eine Gelegenheit bietet. Der georgische Präsident war dumm genug, sie zu liefern. Niemand sollte sich wundern, wenn wir nach einer Anstandsfrist von Volksabstimmungen in Süd-Ossetien und Abchasien hören werden, die einen Beitritt zur Russischen Föderation fordern!

Für Russland gilt das Gleiche wie für Amerika, es benimmt sich, wie Großmächte sich zu allen Zeiten benahmen und benehmen werden. Ob es der Welt gefällt oder nicht, es wird tun, was in seinen Kräften steht, um fremde Großmächte aus seinem „nahen Ausland“ herauszuhalten oder hinauszudrängen. Und es wird dort Regierungen, die ihm feindlich gesonnen sind, zu schwächen oder zu stürzen versuchen. Es empfiehlt sich, das zur Kenntnis zu nehmen, was nicht heißt, es zu billigen oder auf Kritik zu verzichten. Aber Deutschland wie Europa fehlen politische Unbefangenheit und Unabhängigkeit.

Fast alle Aufmerksamkeit, Sorgen, Vorwürfe und Forderungen der Europäer richten sich auf Russland; selbst der eigentliche Auslöser des Vier-Tage-Krieges, der georgische Präsident, wird meist nur kurz erwähnt.

Von dem eigentlichen Konflikt, der hinter den lokalen Streitigkeiten am Kaukasus steht, ist dagegen kaum die Rede. Es ist der Konflikt zwischen den halbeuropäischen Flügelmächten Europas, Russland und den Vereinigten Staaten, der die Alte Welt seit 1945 beherrschte und sie jetzt wieder in Schwierigkeit bringt. Mit der Selbstgewissheit, die einzige Weltmacht zu sein, und der programmatischen Entschlossenheit, keinen Rivalen, wie es die Sowjetunion war, aufkommen zu lassen, drängt Amerika Russlands Einfluss in Osteuropa bis in den Kaukasus zurück, um es zu schwächen. Aus dem Gefühl tiefer Kränkung und mit der programmatischen Entschlossenheit, wieder Gleichrangigkeit mit Amerika herzustellen, sucht Russland, die Ausdehnung Amerikas in Gestalt der NATO zu beenden. „Jetzt ist Schluss mit den Rückzügen“, sagte dieser Tage ein ehemaliger russischer Diplomat am Ende einer Fernsehdiskussion.

Die Europäer verhalten sich, als seien sie in diesem Kampf der Großen Partei. Sie hätten in der Tat die Pflicht, sich mit aller Kraft hinter Amerika zu stellen, wenn in Moskau ein neuer Chruschtschow am Werke wäre, der zum Beispiel mit Kuba und Guatemala, die Errichtung eines Raketenabwehrschirms vereinbart, Mexiko zum Eintritt in ein russisch geführtes Militärbündnis einlädt und eine fünfte Kolonne nach Mexiko-Stadt schickt, um dort bei der Etablie-

zung eines Russland freundlichen Präsidenten mitzuwirken. Aber es ist gerade umgekehrt: Nicht Russland rückt Amerika, sondern Amerika rückt Russland auf den Leib, und es fragt sich, warum die Europäer dabei mithelfen sollen.

Eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine in die NATO wird besonders von Polen und Balten gewünscht, widerspricht aber dem Interesse der Europäischen Union, weil eine gefährliche Konfrontation mit Russland entstünde und Verstrickung in zahllose, kaum lösbare Streitigkeiten à la Ossetien die Folge wäre.

Europa wird schon mit seinem Balkan kaum fertig. Die Aufnahme von Kiew und Tiflis in die Atlantische Allianz ist, der Kanzlerin sei Dank, verschoben, bleibt aber erklärtes Ziel. Die Selbstständigkeit Europas wird sich nicht in der Verweigerung praktischer Vereinbarungen mit Moskau beweisen, sondern in der Verweigerung unnötiger und schädlicher Erweiterung der NATO. Nicht nur das Interesse, vor allem die Souveränität der Alten Welt verlangt, sich aus einer Großmächterivalität herauszuhalten, die sie nichts angeht. Man kann mit Amerika gut verbündet bleiben, ohne ihm als Schildknappe ins Duell mit Russland zu folgen.

Norman Paech

Kosovo im Kaukasus: Völkerrecht im Handgemenge

Knapp zwei Monate sind seit dem Beginn des jüngsten Kaukasus-Krieges vergangen. Der Pulverdampf hat sich verzogen, die Lage wird klarer. Man muss kein Verschwörungstheoretiker sein, um hinter dem militärischen Abenteuer des georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili die Vereinigten Staaten zu vermuten – schließlich haben die USA das Land jahrelang militärisch aufgerüstet, politisch unterstützt und als künftigen Stützpunkt an der Südgrenze Russlands aufgebaut. Ob mit oder ohne NATO: Die Einkreisung Russlands ist, neben der Neuordnung des Nahen und Mittleren Ostens, weiterhin das zentrale Projekt der US-Außenpolitik. Ihre eigene absolute militärische Überlegenheit hat die US-Regierung dabei offenbar für die Sicherheitsbedürfnisse anderer Staaten – insbesondere des Iran oder Russlands – desensibilisiert. Selbst die zaghaften Vorbehalte von NATO-Verbündeten scheinen die Administration kaum zu beeindrucken. Dabei wissen alle Beteiligten, dass Regierung und Militär in Moskau die US-Strategie als Bedrohung ansehen. Insofern hätte man auch wissen können, dass Russland dieser Einkreisung auf